

Fraktion **direkt**

7 | 17. Januar 2014

Zur Lage

Verlässlichkeit ist der Schlüssel zum Erfolg der Koalition Fraktionswahlen waren Zeichen der Geschlossenheit

Foto: Martin Lengemann



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann nun mit der eigentlichen Arbeit in der neuen Wahlperiode beginnen. In dieser Woche haben wir den Hauptteil der Fraktionsämter neu besetzt und die Vorsitzenden der Ausschüsse gewählt.

Dabei ist es auch in dieser Wahlperiode gelungen, eine gute Mischung zusammenzustellen – aus neuen und schon bekannten Gesichtern, aus Frauen und Männern, aus Jüngeren und Erfahreneren. Die Landesgruppen wurden entsprechend ihrer Stärke berücksichtigt. Wir haben bei diesen Wahlen ein hohes Maß an Zusammenhalt gezeigt. Kampfkandidaturen gab es keine.

„Es kommt auf jeden Abgeordneten an“

Ich bin sicher, dass wir nun ein gutes Spitzenteam haben – eine Mannschaft, die unsere Fraktion in ihrer ganzen Bandbreite gut repräsentieren wird. Dabei stehen die Mitglieder des Fraktionsvorstands natürlich besonders im Licht der

Öffentlichkeit. Letztlich wird die Fraktion die Bürger von unserer Arbeit aber nur überzeugen, wenn sie in ihrer ganzen Vielfalt gute Arbeit macht. Da kommt es auf jeden Abgeordneten an. Und ich bin überzeugt, dass alle Abgeordneten an einem Strang ziehen werden, um gute Politik für unser Land zu machen.

Die große Koalition ist mit dem Jahreswechsel ans Werk gegangen. Es gibt viele neue Minister, aber auch neue Zuständigkeiten. Ministerien organisieren sich zum größten Teil neu. Wichtig für die Union ist, dass die Kanzlerin an der Stelle geblieben ist, an der sie auch in den vergangenen Jahren war. Sie ist der Garant dafür, dass es auch in den nächsten Jahren gut laufen wird. Kleinere Handicaps fallen da nicht ins Gewicht.

„Nur im Miteinander werden wir erfolgreich sein.“

In einigen Punkten haben die neuen Koalitionspartner in den ersten Tagen des neuen Jahres noch nicht genügend mit einer Stimme gesprochen. Dabei ist eines klar: Nur im Miteinander werden Union und SPD am Ende erfolgreich sein. Die Wähler wollen keine Profilierungssucht, die Wähler erwarten Anstrengungen zum Wohle aller. Verlässlichkeit ist der Schlüssel, um dies zu erreichen.

Inhalt

Verlässlichkeit ist der Schlüssel zum Erfolg der Koalition	1
Für eine schlagkräftige parlamentarische Kontrolle	2
Mit viel Erfahrung und frischem Wind	3
Verhandlungen mit USA über No-Spy-Abkommen gehen weiter	5
Bildung – Deutschland auf gutem Weg	5
„Iran muss Chance zu einem Abkommen nutzen“	6
Rentenpaket ist finanzierbar	7
Bundeswehr-Einsätze für Türkei und Mittelmeer debattiert	7
Christenverfolgung weiter höchst besorgniserregend	8
cducsu.de – Webseite im neuen Design	9

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Für eine schlagkräftige parlamentarische Kontrolle

PKGr personell aufstocken – Entscheidungsprozesse straffen



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Schnell wachsende technische Möglichkeiten und eine ständig zunehmende internationale Verflechtung machen die Arbeit der Nachrichtendienste immer komplexer. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr), dessen Aufgabe es ist, die Nachrichtendienste des Bundes zu kontrollieren. In dem Gremium sollen hinter verschlossenen Türen eigentlich höchst brisante, sicherheitsrelevante Fragen besprochen werden. Trotzdem ist es im zurückliegenden Wahlkampf zu einem Schauplatz für den Wettstreit der Parteien geworden. Höchste Zeit also für eine Reform des Gremiums – zugunsten einer Stärkung der parlamentarischen Kontrolle.

Ein erster Schritt ist bereits getan: Der Deutsche Bundestag, der in seiner Sitzung am Donnerstag das Gremium für diese Wahlperiode eingesetzt hat, hat es von elf auf neun Mitglieder verschlankt. Damit wird der Kreis der Informationsträger verkleinert, Entscheidungsprozesse werden gestrafft.

Um das Gremium schlagkräftiger und effektiver zu machen, soll nun der Mitarbeiterstab aufgestockt werden. Dadurch würde der operative Teil deutlich gestärkt werden. Wertvolle Befug-

nisse zur Kontrolle der Nachrichtendienste wie Ermittlungsaufträge, die das Gremium selbstständig erteilen kann, könnten so effektiver erledigt werden.

Außerdem muss sich das Gremium schnell darüber klar werden, wie die Vertraulichkeit seiner Beratungen besser gewahrt werden kann. Informationen, die in diesem kleinen Kreis besprochen werden, müssen auch intern bleiben und nicht öffentlich erörtert, schon gar nicht zu Wahlkampfwzwecken missbraucht werden. Die

Bundesregierung muss die Mitglieder des Gremiums vorbehaltlos informieren können – ohne Sorge, dass das Geheimhaltungsinteresse verletzt wird.

Und schließlich sollten sich die Gremiumsmitglieder jährlich zu einer Klausurtagung treffen. Die Erfahrungen der letzten Klausur in Pullach sind gut und geben Anlass für Wiederholungen. So wird es gelingen, auch Themen abzuarbeiten, für die die regulären Sitzungen des PKGr keine ausreichende Zeit lassen.

Eins ist allerdings klar: Trotz noch so weitreichender Reformmaßnahmen wird es auch zukünftig nicht möglich sein, die NSA oder andere US-Dienste zu kontrollieren. Denn sowohl das PKGr als auch ein Untersuchungsausschuss können lediglich Informationen von deutschen Nachrichtendiensten verwerten. Kein Mitarbeiter eines ausländischen Nachrichtendienstes würde vor dem PKGr oder dem Untersuchungsausschuss erscheinen oder Informationen an sie liefern. Die Themen Datenschutz und Datensicherheit sind aber ohne Zweifel wichtige Zukunftsthemen. Darüber werden wir insgesamt im Deutschen Bundestag zu debattieren haben. Helfen könnten der Ausbau der eigenen technischen Möglichkeiten sowie Reformen im europäischen und internationalen Datenschutz.

Mit viel Erfahrung und frischem Wind

Die CDU/CSU-Fraktion stellt sich auf für die 18. Wahlperiode

Sie sind die Repräsentanten der Union im Bundestag in der 18. Wahlperiode: Die CDU/CSU-Fraktion hat in dieser Woche ihre Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die Parlamentarischen Geschäftsführer und die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen gewählt. Die bunt gemischte Mannschaft bringt sowohl Erfahrung als auch frischen Wind mit in die Parlamentsarbeit. Der Bundestag setzte die Parlamentsausschüsse ein und wählte die Vorsitzenden, von denen die Unionsfraktion elf stellt.

Die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode hatte die Fraktion ihren Vorsitzenden **Volker Kauder** im Amt bestätigt. Auch der Erste Parlamentarische Geschäftsführer **Michael Grosse-Brömer** und die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, **Gerda Hasselfeldt**, waren schon im Oktober, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, **Max Straubinger**, im Dezember gewählt worden. Angesichts der starken Vergrößerung der Fraktion um 74 Abgeordnete wurde die Zahl der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von neun auf elf angehoben.

Im Folgenden die Liste der neu gewählten Stellvertreter:

Thomas Silberhorn für den Bereich Recht und Verbraucherschutz, Innen, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

Michael Fuchs für den Bereich Wirtschaft und Energie, Mittelstand, Tourismus

Ralph Brinkhaus für den Bereich Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik

Nadine Schön für den Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend, digitale Agenda

Sabine Weiss für den Bereich Arbeit und Soziales, Arbeitnehmer, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Andreas Schockenhoff für den Bereich Außen, Verteidigung, Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Europarat

Georg Nüßlein für den Bereich Gesundheit, Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Michael Kretschmer für den Bereich Bildung und Forschung, Kunst, Kultur und Medien

Arnold Vaatz für den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur, Aufbau Ost, Menschenrechte

Thomas Strobl für den Bereich Europapolitik, Europa-Koordination, parlamentarische Zusammenarbeit in Europa, Verbindungsbüro Brüssel

Franz Josef Jung für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft, Kirchen, Petitionen

Die Parlamentarischen Geschäftsführer

Michaela Noll

Manfred Grund

Bernhard Kaster

Die Justiziere

Helmut Brandt

Hans-Peter Uhl

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz

Stephan Mayer, Arbeitsgruppe Innen

Joachim Pfeiffer, Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie

Antje Tillmann, Arbeitsgruppe Finanzen

Norbert Barthle, Arbeitsgruppe Haushalt

Jens Spahn, Arbeitsgruppe Gesundheit

Franz-Josef Holzenkamp, Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft

Marcus Weinberg, Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Karl Schiewerling, Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Philipp Mißfelder, Arbeitsgruppe Auswärtiges
Henning Otte, Arbeitsgruppe Verteidigung
Michael Stübgen, Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union
Ulrich Lange, Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur
Albert Rupprecht, Arbeitsgruppe Bildung und Forschung
Marie-Luise Dött, Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Sibylle Pfeiffer, Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Erika Steinbach, Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Eberhard Gienger, Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt
Marco Wanderwitz, Arbeitsgruppe Kultur und Medien
Daniela Ludwig, Arbeitsgruppe Tourismus
Günther Baumann, Arbeitsgruppe Petitionen

Die Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse

Johann Wadepuhl, Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Norbert Röttgen, Auswärtiger Ausschuss
Wolfgang Bosbach, Innenausschuss
Peter Ramsauer, Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Gitta Connemann, Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Paul Lehrieder, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Michael Brand, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Patricia Lips, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Dagmar Wöhrl, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Heike Brehmer, Ausschuss für Tourismus
Gunther Krichbaum, Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Die Mitglieder im Parlamentarischen Kontrollgremium

Clemens Binninger (Vorsitzender)
Manfred Grund
Stephan Mayer
Armin Schuster



Der neue geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Fraktion

Verhandlungen mit USA über No-Spy-Abkommen gehen weiter Aktuelle Stunde im Bundestag – „Es muss rote Linien geben“

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und den USA über das sogenannte No-Spy-Abkommen sind mühsam, aber sie gehen weiter. Angesichts von Berichten über ein Scheitern des geplanten Geheimdienstabkommens sagte der CDU-Abgeordnete Clemens Binninger in einer aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch: „Das Abkommen ist in einer Sackgasse, aber es ist nichts damit gewonnen, die Verhandlungen abubrechen.“ Man brauche die Geheimdienste, man brauche die Zusammenarbeit beider Seiten. „Aber es muss klare rote Linien geben.“ Binninger wiederholte die Kritik an die Adresse der USA und Großbritanniens, dass sich deren Dienste „in jeder Hinsicht unzureichend“ verhalten hätten.

Die Verhandlungen sind eine Konsequenz aus der Spionage-Affäre um den amerikanischen Geheimdienst NSA, die der Amerikaner Edward Snowden enthüllt hatte. Im Zuge der

Affäre wurde unter anderem bekannt, dass das Mobiltelefon von Bundeskanzlerin Angela Merkel abgehört wurde. Daraufhin hatte die damalige christlich-liberale Koalition im Sommer einen Acht-Punkte-Plan aufge-



Foto: picture alliance/ AP Photo

stellt, um die Datensicherheit zu verbessern. Binninger sagte, man müsse auch in den USA für das europäische Grundverständnis von Datensicherheit werben. So dürften nur bei konkreten Verdachtsfällen personenbezogene Daten ausgewertet werden.

Außerdem müsse es einen Richtervorbehalt geben.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer, beteuerte, dass die große Koalition diesen Acht-Punkte-Katalog weiter abarbeiten wolle. Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Günter Krings, betonte, die Koalition aus Union und SPD wolle „die Daten- und Informationssicherheit zum Schwerpunkt unserer Arbeit machen“. Der Datensammlung Grenzen zu ziehen – das geschehe am besten durch „klare Regelungen und Vereinbarungen“, sagte er. Man dürfe den Blick aber nicht einseitig auf die USA

richten, sondern müsse auch andere ausländische Nachrichtendienste und die organisierte Kriminalität im Auge behalten. Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft müssten zusammenwirken, um den Schutz der Daten voranzutreiben.

Bildung – Deutschland auf gutem Weg

PISA-Schock von 2001 überwunden – Nicht mehr Mittelmaß

Seit dem „PISA-Schock“ von 2001 haben sich Deutschlands Schüler stetig nach vorne gearbeitet. Die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie, die Ende 2013 veröffentlicht wurde, wertete Bundesbildungsministerin Johanna Wanka denn auch als „richtig guten Erfolg“. Im Bundestag rief sie am Donnerstag zu weiteren Anstrengungen auf, denn schließlich gebe es keine Garantie, dass dies immer so bleibe. Die Bildung stehe auf der politischen Agenda ganz oben, betonte Wanka.

Deutschland liegt nach den jüngsten Ergebnissen der vergleichenden Studie, die seit 2000 von der OECD in Auftrag gegeben wird und im Dreijahres-Turnus die Kompetenzen 15-jähriger Schüler im Lesen, in Mathematik

und den Naturwissenschaften misst, über dem Durchschnitt der Industrienationen. In den Naturwissenschaften kommen die deutschen Schüler sogar unter die ersten fünf. Besonders erfreut zeigte sich Wanka darüber, dass der Anteil der schwachen Schüler zurückgegangen ist. Schüler von Familien aus schwierigen Verhältnissen hätten sich bemerkenswert verbessern können.

In Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz will die Bildungsministerin nun die leistungsstarken Schüler stärker fördern. Ein gemeinsames Programm soll die Spitzengruppe noch mehr unterstützen, kündigte Wanka an. Viele Bundesländer stünden finanziell allerdings bes-

ser da als der Bund. Aus diesem Grund wies die Ministerin deren pauschale Forderungen nach mehr finanzieller Unterstützung zurück.

Eigene Anstrengungen gefordert

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer wies darauf hin, dass es in der Hand der Schüler liege, die Chancen, die ihnen die Bildungspolitik bietet, auch zu nutzen. Noch nie seien in Deutschland die Bildungsmöglichkeiten so groß gewesen wie heute. „Bildung ohne eigene Anstrengung funktioniert nicht“, sagte Kretschmer.

„Iran muss Chance zu einem Abkommen nutzen“

Schockenhoff über seine Reise nach Teheran – Gespräche mit Vertretern von Regierung, Opposition und Minderheiten



Foto: Laurence Chaperon

Andreas Schockenhoff
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff hat in der vergangenen Woche den Iran besucht und dort Gespräche mit hochrangigen Politikern sowie Vertretern religiöser Minderheiten geführt. Im Mittelpunkt standen die Fortschritte in den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm und die Lage der Menschenrechte.

Herr Schockenhoff, nach dem Amtsantritt von Präsident Hassan Ruhani vor einem knappen halben Jahr ist im Iran einiges in Bewegung geraten, vor allem in den Verhandlungen mit den UN-Veto-Mächten und Deutschland zur Begrenzung des Atomprogramms. Wie zuversichtlich haben Ihre Gespräche Sie gestimmt, dass auf das Zwischenabkommen vom November bald eine endgültige Einigung folgen wird?

Schockenhoff: Ich habe meinen iranischen Gesprächspartnern verdeutlicht, dass es jetzt eine realistische Chance auf eine einvernehmliche Lösung des seit Jahren schwelenden Atomstreits gibt. Damit könnte ein neues Kapitel des Landes im Verhältnis zur internationalen Gemeinschaft aufgeschlagen werden. Und ich habe betont, dass nur Taten zählen. Das

betrifft die Umsetzung des Genfer Zwischenabkommens, das uns Luft für ernsthafte Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen verschafft. Ich habe darauf gedrängt, dass der Iran diese Gelegenheit zu einem umfassenden Abkommen nicht verstreichen lassen darf.

„Nur Taten zählen“

Wo liegen aus Ihrer Sicht die größten Hürden?

Schockenhoff: Meine Gespräche haben gezeigt, dass es weiter einflussreiche Kräfte im Iran gibt, die Zugeständnisse verhindern wollen. Die Genfer Übergangslösung ist aber noch kein Endzustand. Der Iran muss die nächsten Monate nutzen, um eine substanzielle Lösung des Gesamtkonflikts zu ermöglichen. Teheran muss – gemäß den Forderungen aus verschiedenen UN-Resolutionen – unter Beweis stellen, dass sein Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Darauf drängt die internationale Gemeinschaft seit vielen Jahren. Hier muss der Iran nun liefern.

Ruhani hat nun auch die Bildung eines Mehrparteien-Systems in Aussicht gestellt. Ist der Iran auf dem Weg zu einer echten Demokratie?

Schockenhoff: Solange Bewerber für die Wahl des Staatspräsidenten vorab durch den Wächterrath gesiebt werden und der Religionsführer das letzte Wort in entscheidenden politischen Fragen behält, kann von einer echten Demokratie keine Rede sein.

Welche Fortschritte sind im Hinblick auf die Menschenrechte zu erwarten?

Schockenhoff: Bislange hat es, bis auf leichte Liberalisierungstendenzen in Presse und Kultur, keine nennens-

werten Veränderungen gegeben. Präsident Ruhani ist kein klassischer Reformist, aber er agiert moderat und pragmatisch. Er steht unter erheblichem Druck, rasch für eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu sorgen.

Ruhani konzentriert sich deshalb zunächst auf die Lösung des Nuklearkonflikts, um ein Ende der Sanktionen zu erreichen, die die iranische Wirtschaft hart getroffen haben. Nur wenn ihm eine Lockerung der Sanktionen gelingt, wird er sich auch drängenden innenpolitischen Fragen zuwenden können. Das könnte eine Verbesserung der Menschenrechtssituation bedeuten.

„Das Recht auf Religionsfreiheit betont“

Sie haben sich mit Vertretern der armenisch-christlichen und jüdischen Minderheiten getroffen. Wie kann man sie unterstützen?

Schockenhoff: Solche Treffen mit Vertretern religiöser Minderheiten setzen immer ein Zeichen, dass wir uns für ihre Belange einsetzen. Dadurch verbessert sich oftmals ihre konkrete Lage. Ich habe gegenüber meinen iranischen Gesprächspartnern das Recht auf Religionsfreiheit betont und die Schicksale von inhaftierten Vertretern religiöser Minderheiten, aber auch von Oppositionspolitikern und Menschenrechtsverteidigern thematisiert.

Rentenpaket ist finanzierbar

Aktuelle Stunde im Bundestag – Neben den Kosten zählt auch die Lebensleistung der Menschen

Die solide Finanzierung der Mütterrente und der vorgezogenen Rente nach 45 Beitragsjahren ist machbar. Das bekräftigten Abgeordnete der Unionsfraktion in einer aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag. „Die Finanzlage der Rentenversicherung war lange nicht so gut wie jetzt“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl Schiewerling. In den Rücklagen der Rentenversicherung befänden sich unverbrauchte Steuermittel, die es der Koalition „reinen Gewissens“ ermöglichten, die Rente für Mütter, die Kinder vor 1992 geboren haben, zu erhöhen. Der Sprecher der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, warb dafür, nicht nur die Kosten zu betrachten, sondern auch die Lebensleistungen der Menschen.

Gerechtigkeitslücke schließen

Zur Generationengerechtigkeit gehöre auch, die Erziehungsleistungen von Müttern und Vätern anzuerken-



nen, die mit ihren Beiträgen damals die Rente von heute gesichert hätten, sagte Weiß. Und wenn Menschen 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hätten, sei dies eine „großartige Leistung“, für die man „ein bisschen Dankeschön sagen kann“, indem man ihnen einen Renteneintritt mit 63 Jahren ermögliche. „Ja, es muss solide finanziert sein, aber die Inhalte müssen auch stimmen“, betonte Weiß.

Auch der CDU-Politiker Uwe

Schummer forderte eine saubere Finanzierung. Schließlich solle der Bundeshaushalt im nächsten Jahr erstmals seit 1969 wieder ohne Neuverschuldung auskommen. Schummer nannte es überfällig, mit der Ausweitung der Mütterrente eine Gerechtigkeitslücke zu schließen. Auch die vorgezogene Rente nach 45 Beitragsjahren sei gerechtfertigt. Grundsätzlich gelte: Wer länger einbezahle, müsse auch entsprechend mehr bei der Alterssicherung bekommen.

Bundeswehr-Einsätze für Türkei und Mittelmeer debattiert

Verlängerung der Mandate um ein Jahr geplant

Die Bundeswehr soll sich nach dem Willen der Bundesregierung auch weiterhin mit Patriot-Abwehrraketen am Schutz des NATO-Partners Türkei vor eventuellen Angriffen aus Syrien beteiligen. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung über die Verlängerung des Mandats um ein Jahr. Außerdem debattierten die Abgeordneten die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der Seeüberwachung im Mittelmeerraum, die der Bekämpfung des internationalen Terrorismus dient. Die sogenannte Operation Active Endeavour (OAE) soll aber nur in eingeschränkter Form fortgeführt werden. Die Zustimmung des Bundestages für beide Mandate gilt als sicher.

Die Stationierung von Patriot-Abwehrraketen in der Türkei dient dazu, einen möglichen Übergriff des Bürgerkrieges in Syrien auf das Territorium des NATO-Partners zu verhindern. Die Raketen sind auf Wunsch Ankaras seit Januar 2013 im türkischen Grenzgebiet zu Syrien stationiert. Die USA, die Niederlande und Deutschland stellen jeweils zwei Patriot-Staffeln, die an unterschiedlichen Orten stationiert sind. Die deutschen Batterien sind in Kahramanmaraş rund 100 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt. Momentan sind rund 300 Bundeswehrsoldaten an dem Einsatz beteiligt. Maximal können es 400 Soldaten sein.

OAE-Mandat eingeschränkt

Für OAE dürfen bis zu 500 Soldaten eingesetzt werden. Angesichts der nur noch als abstrakt bewerteten Gefahr eines Terrorangriffs wurde der Auftrag für die beteiligten Streitkräfte auf Seeraumüberwachung und Lagebild austausch beschränkt. Auf die noch in früheren Mandaten enthaltenen Befugnisse zur Kontrolle des Seeverkehrs und zur Unterstützung von Operationen der NATO und ihrer Partner wird verzichtet.

Christenverfolgung weiter höchst besorgniserregend

Neuer Lagebericht der christlichen Organisation Open Doors – Kauder: „Das kann uns nicht ruhen lassen“

Rund 100 Millionen Christen auf der Welt werden nach wie vor wegen ihres Glaubens verfolgt und bedrängt. Diese Zahl veröffentlichte die überkonfessionelle christliche Organisation Open Doors in ihrem neuen Jahresbericht über die Situation der Christen Anfang Januar. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, zeigte sich zutiefst

gezielt angegriffen. Gerade an den christlichen Feiertagen trifft sie die Gewalt heimtückischer Extremisten.

Anschläge zu Weihnachten verurteilt

Auch in diesem Jahr gab es zu Weihnachten brutale Anschläge gegen Christen im Irak und der Zentralafri-

zehn Prozent christlichen Syrer unter ihnen zunehmend deshalb angegriffen, weil sie Christen sind. Der Bürgerkrieg in Syrien muss auch im Sinne der religiösen Minderheiten beendet werden. Daran mitzuarbeiten, ist eine der zentralen Fragen der deutschen Außenpolitik.“

Wie man den Opfern der Gewalt am besten helfen könne, müsse immer wieder neu diskutiert werden, forderte Kauder. „Die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland ist dabei sicher ein Weg, Leid zu lindern. Der Masse der Betroffenen hilft das aber nicht. Deshalb gilt es, der Not in den Flüchtlingslagern zu begegnen.“

Weitere Reise nach Ägypten angekündigt

Besonderen Anteil nimmt Volker Kauder auch an der Situation der Kopten in Ägypten. Kurz vor Weihnachten nahm er am Fest zum 20-jährigen Bestehen des koptisch-orthodoxen Klosters in Höxter teil. Dort traf er erneut mit dem koptischen Papst Tawadros II. zusammen, der im Rahmen seines Deutschlandbesuchs die Taufkapelle des Klosters weihte. Für Februar kündigte der Fraktionsvorsitzende eine Reise nach Ägypten an, um sich über die Lage der Christen vor Ort ein Bild zu machen.

Volker Kauder äußerte die Hoffnung, dass sich mit der neuen Verfassung, über die die Ägypter in dieser Woche abgestimmt haben, die Situation für die koptischen Christen verbessern wird. Der Entwurf definiere zwar – wie auch die vorausgegangenen Verfassungen – den Islam als offizielle Staatsreligion, er enthalte aber ein Bekenntnis zu den meisten Grund- und Menschenrechten. Daher sollte man davon ausgehen können, dass auch die Rechte der christlichen Minderheit nun stärker zur Geltung kommen.



Foto: picture-alliance / dipaweb

besorgt: „Das kann uns nicht ruhen lassen, und es wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in den nächsten Jahren nicht ruhen lassen.“

Kauder erklärte weiter: „In Zeiten sich ausbreitender Gewaltbereitschaft religiöser Fanatiker wächst die Gefahr für christliche Gemeinden und einzelne Gläubige. Eine Trendwende zeichnet sich leider nicht ab.“ Erschreckend ist laut Weltverfolgungsindex von Open Doors insbesondere die Lage in Syrien, wo Christen noch vor wenigen Jahren ruhig leben konnten. Der für Christen gefährlichste Ort bleibt aber Nordkorea. Hier kann schon der Besitz einer Bibel die Todesstrafe nach sich ziehen. Laut Open Doors gibt es außerdem immer mehr Staaten, in denen der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung Gewalt und Hass gegen religiöse Minderheiten mit sich bringt. In Somalia, dem Irak oder Syrien werden Christen

kanischen Republik, die zahlreiche Opfer forderten. „Diese Anschläge verurteilt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf das Schärfste“, erklärte Kauder und fügte hinzu: „Besonders perfide ist, dass die Täter gerade dann zuschlagen, wenn Christen einen ihrer höchsten Feiertage begehen, wenn sie in ihren Kirchen das Fest der Freude über die Geburt Jesu feiern, von dem nicht zuletzt eine Friedensbotschaft ausgeht.“ Deshalb dürfe man nicht aufhören, sich für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit einzusetzen. „Der Schutz bedrohter und bedrängter Christen auf der ganzen Welt muss eines unserer Hauptanliegen sein.“

Der Fraktionsvorsitzende zeigte sich besonders beunruhigt über die Lage in Syrien, das an dritter Stelle des Index geführt wird. „Wenngleich alle Syrer unter dem schrecklichen Bürgerkrieg leiden, werden die etwa

cducsu.de – Webseite im neuen Design

Benutzerfreundlich und übersichtlich

Pünktlich zum Jahresbeginn präsentiert sich die Webseite der CDU/CSU-Fraktion im neuen Design. Bei dem Relaunch des Internetauftritts wurden neue und bewährte Elemente kombiniert – mit dem Ziel, das Design benutzerfreundlicher und die Struktur übersichtlicher zu gestalten. Außerdem kann man sich die Seite nun ohne Einschränkungen auf Tablets oder Smartphones anschauen. Da sie sich jeder Bildschirmgröße anpasst, kann man in jedem Fall bequem navigieren.

Neben zahlreichen technischen Neuerungen, an denen die Kollegen der Internetredaktion zwischen den Jahren gearbeitet haben, steht die optische Verbesserung der Seite im Vordergrund. Inhalte sind jetzt noch besser auffindbar, weil sie sich um Themen gruppieren. Der User kann sich seinem gewünschten Inhalt interaktiv nähern.

„Topmeldungen immer im Blick“

Mithilfe des neu hinzugekommenen Startseiten-Sliders behält der Nutzer Topmeldungen künftig immer im Blick. Geordnet nach sieben Themenkategorien sowie nach Pressemitteilungen, Reden und Bildergalerien bietet die Seite einen umfassenden Überblick über die Arbeit der Fraktion. Ebenfalls auf der Startseite kann man die neuesten Twitter-Meldungen der



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Abgeordneten verfolgen. Bei welchen sozialen Netzwerken sie darüber hinaus zu erreichen sind, ist in der Rubrik Abgeordnete nun auf einen Blick erkennbar.

Einladung zum Durchblättern

Wie gehabt findet man die aktuellen Tagesordnungen des Plenums, Informationen über die Abgeordneten von CDU und CSU sowie einen Überblick über Struktur und Funktion der Fraktion. Völlig neu gestaltet präsentiert sich hier unter dem Menüpunkt Fraktion der Vorstand in einer Bilderstrecke, die zum interaktiven Durchblättern einlädt und mit vielen zusätzlichen Informationen aufwartet.

Im Bereich Presse neu hinzugekommen ist zudem die Möglichkeit,

O-Töne von Pressestatements und Interviews anzuhören, herunterzuladen oder nachzulesen. Zuletzt ist es nun auch direkt auf der Startseite sowie über den Menüpunkt Publikationen möglich, Broschüren der Fraktion zu bestellen oder direkt herunterzuladen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



[www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducsu



[twitter.com/
cducsu](http://twitter.com/cducsu)